anderen Kameraden am 20. Oktober die Fahrt nach Freising angetreten. Während der Fahrt habe Dobner seine Gesinnung unter der Drohung erklärt, das Waffenlager sonst der U. S. P. verraten zu wollen, die mehr bezahle. Daraufhin hätten sie den Dobner gehörig mit seinem eigenen Stock verprügelt (!!), aber niemals die Absicht gehabt, ihn umzubringen (!!). Im Laufe des Abends wurde auch der zweite Student ermittelt.

Auffallend bleibt, daß die Polizei die beiden Studenten nicht verhaftet oder wenigstens deren Vorführung vor den Untersuchungsausschuß veranlaßte. Statt dessen wird die im persönlichen Schutzinteresse abgegebene Erklärung des schwerbelasteten Studenten sofort der Oeffentlichkeit unterbreitet.

Die Münchner Stinnes-Presse bemüht sich, die Regierung in ihrem Bestreben, die Sache als harmlos oder lächerlich hinzustellen, nach Kräften zu unterstützen. Gelingen wird ihr das nicht.

Die Konsolidierung des Ostens

Die im Osten kurz aufeinanderfolgenden Friedensschlüsse zwischen Rußland und Finnland, Lettland, Litauen und Polen könnten in Westeuropa den Eindruck erwecken, als ob in der Tat die Konsolidierung des Ostens beginne. Dieser Trugschluß ist so gefährlich, daß er von den schwersten Folgen für die europäische Kultur sein müßte. Jeder Kenner der Verhältnisse in den Randstaaten wie in Sowjetrußland weiß, daß der Osten niemals von einer Konsolidierung entfernter war, als heute. All die Friedensabkommen, die aus der Kriegsmüdigkeit und völligen wirtschaftlichen Erschöpfung sowohl der Randstaaten wie Sowjetrußlands entspringen, können keine endgültige Bedeutung haben, weil sie sowohl die wirtschaftlichen wie psychologischen Verhältnisse vergewaltigen. Erlangt der bisherige Abschluß der Verhandlungen in Riga in der Tat die Kraft eines Friedensvertrages, so besteht das Wort Sinowjews zu Recht, daß es sich lediglich um einen zweiten Frieden von Brest-Litowsk handelt. Niemals waren die Konfliktsstoffe größer als heute nach dem Abschluß der einzelnen Friedensverträge. Der Vergleich mit den Balkanstaaten vor dem Weltkriege erscheint blaß angesichts der gewaltigen Gegensätze, die zwischen Rußland und Polen einerseits, und zwischen den Randstaaten untereinander anderseits fortbestehen.

Die Idee eines polnischen Großstaates, einer neuen europäischen Großmacht, die schon fast vergessen schien, ist seit dem siegreichen Vormarsch der polnischen Freiwilligentruppen und dem Zusammenbruch der Roten Armee in voller Kraft wieder aufgetaucht. Polen sieht seine Rettung vor der drohenden finanziellen Katastrophe im Erwerb neuer Landesteile; aber die polnischen Politiker vergessen, daß die neu eroberten Gebiete für sie lediglich eine Neubelastung ihres Etats, keineswegs aber eine irgendwie bedeutsame Einnahmequelle darstellen werden. Bringen sie also kein Aktivkonto mit sich, so sind die Passiva, die Polen mit dem sich täglich steigernden Haß der Litauer und Weißruthenen auf sich nimmt, eine schwere Gefahr für die Existenz des polnischen Staates. Man darf sich keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß der litauische Staat unter den in Riga zwischen Polen und Rußland abgeschlossenen Bedingungen existenzunfähig ist. Zu einem Ausgleich der sehr erheblichen natürlichen Gegensätze zwischen Polen und Litauern fehlt jede Voraussetzung. Im Gegenteil — die Gegensätze haben sich noch verschärft. Eher wäre dieses Volk bereit, in Rußland aufzugehen, als sich dem polnischen Joch zu unterwerfen. Die Erkenntnis, daß die Umklammerung des litauischen Staates im Westen, Süden, Osten durch polnisches Gebiet schließlich zu einer völligen Einverleibung in den polnischen Staat führen muß, treibt die Litauer zur Verzweiflung. Schon heute beginnt die litauische Bevölkerung, freiwillig bewaffnete Banden zu bilden, die den Kampf auf Leben und Tod gegen die polnischen Unterdrücker aufnehmen wollen. Selbst wenn die litauische Regierung wollte, könnte sie gegen diese Volksbewegung nicht ankämpfen, und kein polnisch-litauischer Friedensvertrag wird an dem Ausbruch dieses Kampfes etwas ändern können. Trennt in der Tat ein polnischer Korridor Litauen von Rußland, so wird in wenigen Monaten ganz Litauen das Bild der Ukraine wiedergeben, und ein einziger großer Bandenkrieg polnische wie litauische Gebiete verwüsten. Aber es ist nicht das polnisch-litauische Problem allein. Auch Rußland kann nicht existieren, zumal seine wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland an allen wichtigen Punkten durch einen polnischen Korridor zerrissen sind. Man hat sich vielfach über die rasche Wendung des Kriegsglücks vor Warschau gewundert. Aber für den, der der Entwicklung der Ereignisse aus der Nähe folgte, hatte sie nichts überraschendes. Einmal waren die Russen plötzlich gezwungen, sehr erhebliche Truppenkontingente abzuziehen, um sie in das für sie viel wichtigere Donezgebiet gegen Wrangel zu senden, und dann: Rußland wird immer wegen der schlechten Ausrüstung und Verpflegung seiner Truppen, wegen der Schwierigkeit der Nachschübe und aus tausend andern Gründen bei Beginn der Winterzeit zusammenbrechen, um im Frühjahr zu neuen Schlägen auszuholen. Vermag Rußland den Krieg im Sommer nicht zum Abschluß zu bringen, wird es im Winter stets der Besiegte sein. Gelingt es aber der Sowjetregierung, sich im Winter gegen den General Wrangel zu halten, so werden die Roten Armeen im nächsten Frühjahr, wo die Felder wieder Nahrung bieten und der Bekleidungsmangel infolge der besseren Witterung nicht mehr zur völligen Entkräftung der Truppen führt, mit neuer verzweifelter Kraft über Polen herfallen. Es genügt, an die ostgalizischen und ukrainischen Probleme zu erinnern, die auch durch den Vertrag von Riga nicht gelöst sind, um zu erkennen, daß der Osten heute mehr denn je vor dem Ausbruch eines lodernden Brandes steht.

Die Rivalität Rußlands und Polens ist zu einem Existenzkampf beider Staaten geworden, in dem der Vertrag von Riga nur eine kleine unbedeutende Episode darstellt. Schon die nächsten Monate werden im Osten unter allen Randstaaten die Gruppierung für Rußland oder für Polen bringen müssen. Der Kampf um die Entscheidung, wer die Großmacht des Ostens sein soll, steht noch aus, und der Vertrag von Riga bedeutet nicht das Ende, sondern den Anfang dieses Kampfes. Diese Erkenntnis, die in den einzelnen Randvölkern durch innerpolitische Verhältnisse, durch die kleinen Konkurrenzkämpfe untereinander und die Grenzstreitigkeiten stark getrübt war, wird angesichts der Rigaer Verhandlungen und ihres Abschlusses sich nunmehr in kürzester Frist Bahn brechen.

Vielleicht wäre die Lösung dieses Konflikts auf friedlichem Wege möglich, wenn die westeuropäischen Völker den Willen dazu hätten, aber so gewagt es heute noch erscheinen mag, den Gedanken auszusprechen, so kann man doch nicht mehr verkennen, daß der russisch-polnische Konflikt letzten Endes der Beginn eines gewaltigen westeuropäischen, englisch-französischen Konfliktes ist. Frankreich hat sein Schicksal unlöslich mit der polnischen Großmacht verknüpft, während Englands Interessen in den kleinen Randstaaten wie in Rußland selbst bereits zu einer solchen Bedeutung angewachsen sind, daß es ohne schwere politische Erschütterungen sich von ihnen nicht mehr lösen kann. Die Waffen, mit denen der Konflikt zwischen Rußland und Polen, der Kampf um die Konsolidierung des Ostens ausgetragen wird, werden nicht nur industriell, sondern auch politisch in Westeuropa geschmiedet, und die Völker des Ostens kämpfen den Kampf zu Ende, den die geschichtliche Entwicklung den sich heute noch gegen die Erkenntnis wehrenden großen westeuropäischen Rivalen aufzwingt.

W. Oe.

•

Polnische Verkehrsverhandlungen mit Deutschland

Warschau, 1. November. Wie der Vertreter der Fast Service erfährt, trifft der Vizeminister für Handel und Gewerbe, Dr. Straßburger, in den nächsten Tagen in Berlin ein. Bei den Berliner Besprechungen sollen alle wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch die Fragen des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens, im Zusammenhang erörtert werden, um eine neue Grundlage für die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu schaffen.

•

Polen für die litauische Volksabstimmung

Warschau, 1. November. In einem Telegramm an den Völkerbund erklärt der Außenminister Sapieha, daß die polnische Regierung mit einer Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet unter der Kontrolle des Völkerbundes einverstanden sei, und unter der Voraussetzung, daß das strittige Gebiet nicht von litauischen Truppen besetzt gehalten wird. Die polnische Regierung bittet, so schnell wie möglich und unter der einfachsten Form die Abstimmung stattfinden zu lassen.

Wilna, 1. November. Nachdem vor einigen Tagen ein litauisches Flugzeug auf die Stadt Bomben abgeworfen hatte, ohne großen Schaden anzurichten, warfen am 29. Oktober die feindlichen Flieger wiederum Bomben und Aufrufe auf die Stadt, die im Namen der litauischen Arbeiterschaft unterzeichnet waren.

•

Litauens Bittgang nach Rom

Paris, 1. November. Der Pariser Vertreter der Gazetta Wanassa erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die litauische Delegation in Rom als gescheitert anzusehen ist. Die italienische Regierung glaubt, keine Veranlassung dazu zu haben, der Entscheidung des Botschafterrats in der Frage der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit durch einen eigenen Schritt vorzugreifen. Die litauische Delegation wird Rom in diesen Tagen verlassen.

Steuerabzug und Landtagswahlen

Mit dem Steuerabzug suchen Unabhängige und Kommunisten zu kreisen und Wähler für sich einzufangen. Allerdings ist damit Arbeitern und Angestellten eine Ausnahmeverpflichtung auferlegt worden; sie war aber durch die Finanznot geboten, sie wurde unabwendbar, wenn die Mittel für Erwerbslosenunterstützung, Kriegshinterbliebene usw. bereitgestellt werden sollten. Ist es angesichts solchen Zwanges eine so unerträgliche Last, die Steuern in kurzen Raten und darum früher als andre Leute bezahlen zu müssen?

Bevor ihr diese Frage beantwortet, bedenkt aber folgendes: Entscheidend ist doch, ob die Reichseinkommensteuern nach sozialen Gesichtspunkten abgestuft, ob die Leistungsschwachen, vor allem die Arbeiter, entsprechend durch Steuerbefreiungen berücksichtigt worden sind. Daß dies, wenn auch noch nicht in ausreichender Weise, so doch einigermaßen der Fall ist, ergiebt sich schon aus folgenden Feststellungen:

Ein Arbeiter mit drei Kindern und 9000 M. Jahreseinkommen hat jetzt 502 M. Reichseinkommensteuer im Jahre zu zahlen. Gewiß noch eine große Summe. Er hätte aber, wenn das sächsische Einkommensteuergesetz samt Zuschlägen noch Geltung haben würde, an Staats- und Gemeindesteuern mindestens 990 M. zahlen müssen. Hätte er aber in einer armen, leistungsschwachen Gemeinde gewohnt, wäre der Betrag noch beträchtlich höher. Aber auch wenn er in einer normalbelasteten Gemeinde wohnt würde er 488 M. mehr Steuern zu zahlen haben als auf Grund des Reichssteuergesetzes.

Woher das kommt? Weil nach dem Reichseinkommensteuergesetz beträchtliche steuerfreie Abzüge für Familienmitglieder gemacht werden können, die bei Einkommen unter 10000 M. besonders hoch sind, weil das Reichseinkommensteuergesetz nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt ist.

Außerdem ist zu bedenken, daß früher die Steuerpflichten in den Gemeinden ganz verschieden hoch waren. In Orten mit ärmerer Bevölkerung mußten 500 Prozent des Staatssteuerolls der Gemeinde an Gemeindeabgaben geleistet werden; in reichen Villenorten und Bauerndörfern dagegen oft nur 50 Prozent. Das bedeutet: Entsprechend ihrem Einkommen mußten die armen Leute in armen Gemeinden zehnmal mehr Gemeindeeinkommensteuer zahlen als die reichen Rentiers usw. in den Villenkolonien und Bauerndörfern.

Das war ein großes Unrecht! Vergeblich hat die Sozialdemokratie dagegen angekämpft. Das Reichseinkommensteuergesetz hat auch diesen Mißstand beseitigt. Es besteuert alle Einkommen nach gleichen Grundsätzen und läßt eine besondere Gemeindeeinkommensteuer nicht mehr zu. Mit der Reichseinkommensteuer, also dem Steuerabzug, ist zugleich auch die Gemeindeeinkommensteuer mit gezahlt.

Ist das alles — der Ausbau der Steuerpflicht nach sozialen Gesichtspunkten und die rückständige und ungerechte Gemeindebelastung — nicht von viel größerer Bedeutung als die unbedeutende Ausnahmeverpflichtung, die Arbeitern und Angestellten durch den Steuerabzug bereitet wird? Wir Sozialdemokraten sind allerdings der Ansicht, daß die steuerfreien Beträge entsprechend der größer gewordenen Geldentwertung noch erhöht und so den Arbeitern noch weiter Steuererleichterungen verschafft werden müssen.

Doch berücksichtigt noch eins: Sollte es vorkommen, daß beim Steuerabzug etwas mehr hat abgeführt werden müssen, wie es nach der endgültigen Einschätzung berechtigt war, wird der zuviel abgezogene Betrag zurückerstattet.

Wer den Steuerabzug so objektiv betrachtet, und auch berücksichtigt, daß die Steuersätze mit jedem 1000 Mark Einkommen stark steigen und höhere Einkommen bis zu 60 Prozent belasten, ganz abgesehen von den sonstigen Steuern, die noch darauf lasten, der wird erkennen müssen, **daß es ein frevelhaftes Spiel war, Arbeiter wegen des Steuerabzugs in Streiks zu hetzen, wie es Kommunisten und Unabhängige getan haben.** Sie haben damit Arbeiter irregeleitet, sie schwer geschädigt und dem Wirtschaftsleben große Nachteile bereitet.

Auf diese frevelhafte Politik müßten die Wähler bei den Landtagswahlen die rechte Antwort mit dem Stimmzettel geben, die aber kann für die Arbeiter nur lauten: Keinen Stimmzettel für kommunistische und unabhängige Desperadopolitiker; stimmt nur für die sozialdemokratische Liste.

Belgiens Absage an Moskau

Brüssel, 31. Oktober. Der Sozialistenkongreß hat mit 498 173 gegen 76 425 Stimmen die Tagesordnung des Brüsseler Verbandes, der zufolge der Kongreß den Beitritt zur dritten Internationale beschließen wollte, verworfen und das Verbleiben in der zweiten Internationale beschlossen.

Die politische Aussprache

Deutscher Reichstag

25. Sitzung. Sonnabend den 30. Oktober, 10 Uhr

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Heinze, Simons und Geßler.

Vierter Tag

Schiffer: Immer und immer wieder müssen wir Protest gegen den Friedensvertrag erheben. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann gegen die französischen Pressestimmen zur Rede des Reichskanzlers, besonders in der Frage des Friedensvertrags und der allgemeinen Abrüstung. Europa kann nur gesunden, wenn kein so wichtiger Teil wie Deutschland darniederliegt. In seiner heutigen Gestalt ist der Völkerbund zum Gespött der Welt geworden. An den englischen Schwierigkeiten in der inneren und äußeren Politik freuen wir uns nicht, hoffen aber, daß die Verhältnisse England zur wohlwollenden Einsicht gegenüber Deutschland bringen, wovon man in Spa noch nichts merkte. (Sehr richtig!) Zur inneren Politik übergehend wendet sich Redner dann gegen die Angriffe Scheidemanns gegen den Reichswehrminister und gegen das Offizierkorps. Die Autonomie Oberschlesiens ist eine Notwendigkeit. Die Ausführungen des Grafen Westarp ließen die nötige Verantwortung manchmal vermissen. (Sehr gut!) Für uns gilt es,

Oberschlesien

beim Reich zu halten, und die Regierung wird gut tun, das Autonomiegesetz sofort hinauszubringen. Das Reichsgericht im allgemeinen darf dadurch nicht erschüttert werden. Zur Sozialisierung ist zunächst eine nähere Klärung des Begriffs notwendig, wie der Sozialist Wissell selbst in Kassel betont hat. Wir sind durchaus für eine stärkere Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten neben dem Unternehmer, um so die Produktivität und die Freude der Arbeiter am Werk zu erhöhen. Aber weder der Vorschlag von Leber, noch der von Rathenau werden diesen Grundgedanken in allem gerecht. Die Frage des Achtstundentags, die aufs engste mit einer Steigerung der Produktion verknüpft ist, muß einer neuen Prüfung unterzogen werden. (Sehr richtig!) Wir verlangen ein Schlichtungsgesetz, das gerecht und segensreich wirkt. (Sehr richtig!) Auch der Preisabbau ist untrennbar mit der Hebung der Produktion verbunden. Er kann nur oben ansetzen und nicht von unten begonnen werden. (Sehr richtig!)

Däumig (U. Soz. links): Alle bisherigen Ausführungen haben bestätigt, daß wir vor dem Abgrund stehen. Das ganze parlamentarische Drum und Dran ist nicht ernst zu nehmen, denn die wirklich beherrschenden Kräfte sitzen ganz wo anders als hier. (Sehr richtig!) Von der Rechten sprach ein Vertreter der bankrotten Vergangenheit, Scheidemann sprach als Vertreter der bankrotten Gegenwart. Die Komödien mit der „marschierenden Sozialisierung" machen wir nicht mit. Das Proletariat wird diese Einsicht in Bälde gewinnen, denn die Betriebseinstellungen und die fürchterliche Notlage machen nicht Halt vor rechts- und linkssozialistischen Arbeitern, vor Kopf- und Handarbeitern. (Sehr richtig! links.) Darum schaffen wir jetzt

die große Kommunistische Partei,

die wie ein Sauerteig diese breiten proletarischen Massen aufwühlen und um sich sammeln soll. (Sehr richtig!) Wir wollen die soziale große Revolution, die man weder machen, noch verhindern kann. Die sogenannte Demokratisierung der Reichswehr bedeutet uns nichts. Wir verlangen die Abschaffung der Reichswehr überhaupt. (Sehr richtig!) Die Reichswehr ist nichts andres als eine Söldnerschutztruppe vor den kapitalistischen Geldschränken. Wir erstreben eine militärische Neuordnung nach dem russischen Muster der Roten Armee. (Heiterkeit links.) Wir wollen keine Minister und keine allmächtigen Gewerkschaftsbeamten sein, sondern Revolutionäre. (Sehr gut!) Die Entwaffnungsaktion hat die Arbeiterschaft in ihrer Vertrauensseligkeit viel mehr getroffen als das Bürgertum, besonders auf dem Lande. Die ganze Steuermacherei ist einfach Unsinn, denn es ist eine Binsenwahrheit, kein Besitzender verzichtet freiwillig. Wir lehnen die Putschtaktik der Einzelaktionen ab; denn nur die Zusammenfassung und einheitliche Leitung kann zum Siege der Revolution führen. Wir werden kämpfen bis zu diesem Sieg des Proletariats der Welt. (Beifall bei den U. Soz. links.)

Hermann Müller, Franken (Soz.):

Die Kommunisten versuchen durch Dauerreden, wie die eben gehörte, das Parlament zu sabotieren. (Sehr richtig!) Crispien und Däumig haben nur Agitationsreden gehalten zu dem Zweck, hier und im Lande bei ihren Anhängern Eindruck zu schinden. Wir sehen unsre Aufgabe aber darin, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. (Sehr gut!) — Den Protest des Kasseler Parteitages gegen die Zerstörung der Diesel-Motoren wiederhole ich auch hier im Reichstage. Dem Protest gegen die Uebergriffe der Besatzungstruppen schließen wir uns an, wie wir auch mit den andern Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind. — Auf dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir baldigst das Schulgesetz und hoffen, daß ihm bald ein Lehrerbildungsgesetz folgen möge. (Beifall links.) Im sozialpolitischen Ausschuß hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten vorenthalten. Höchst sonderbar ist das Verhalten der

Deutschnationalen,

die als einzige Partei in diesem Hause gegen die Autonomie von Oberschlesien Stellung nehmen. Das zeigt, daß sie das alte konservative Unverständnis für die Volksseele übernommen haben. (Sehr richtig!) Vom Parteistandpunkt aus hätten wir natürlich kein Interesse daran, ob dieses Verständnis vorhanden ist oder nicht, aber wir stellen die Interessen des Landes über die der Partei. (Lebhafter Beifall.) Redner wendet sich dann gegen die Parallele, die Graf Westarp in der oberschlesischen Frage zwischen dem Autonomiegesetz und der Proklamation des Königreichs Polen im Jahre 1917 gezogen hat. Wir hoffen bestimmt, daß die Volksabstimmung das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich ergibt. (Beifall.)

Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles

in seinen undurchführbaren Bestimmungen muß und wird kommen. (Sehr richtig!) Aber die Politik der Deutschnationalen ist wohl der falscheste Weg, den man überhaupt einschlagen kann; das hat schon der „Erfolg" der deutschnationalen Politik bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk bewiesen, wo ein Antrag ihrer Partei eine starke Kriegsentschädigung forderte. Aber die Deutschnationalen haben eben nichts gelernt und nichts vergessen. (Sehr richtig!) Das hat auch ihr Parteitag deutlich gezeigt. (Sehr wahr!) Wenn wir eine Revision des Friedensvertrags herbeiführen wollen, müssen wir immer und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß ein neuer Geist in das deutsche Volk eingezogen ist. (Beifall.) Wesentlich ist hier unsre Haltung in den Fragen der Wiedergutmachung. Sie muß über den Stand-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201101/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG